

Aktionen, Anträge und Anfragen der Linken Liste

Anfragen an den Magistrat

September 2005	Entwicklung der Zahl der Ausbildungsplätze
März 2005	Aktivitäten des Magistrats zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei Linde in Wiesbaden
November 2004	Beantragung von Arbeitslosengeld (ALG) II
Februar 2004	Erhalt der Sozialkassen des Maler- und Lackiererhandwerks in Wiesbaden
November 2004	Verdacht auf illegale Beschäftigung und Arbeitnehmerüberlassung
September 2003	Mehreinnahmen aus der Wiederveranwendung der Hebesätze 2001 für die Gewerbe- und Grundsteuer in Wiesbaden
Mai 2003	Veräußerung kommunalen Eigentums auf dem Wege des „Cross-Border-Leasing“
September 2001	Unternehmenssteuerreform der Bundesregierung und die Auswirkungen auf den Stadthaushalt Wiesbadens im Zeitraum 2001–2005
August 2001	Mittelständische Gewerbebetriebe-Förderung
Juli 2001	Senkung der Gewerbe- und Grundsteuer und die Auswirkungen dieses CDU/FDP-Vorschlages auf den städtischen Haushalt
Juni 2001	Illegale Beschäftigung in Wiesbaden und ihre Bekämpfung

Wie erreichen Sie die Fraktion?

Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?

Mo, Di, Mi, Do: 10–13 Uhr; Mo, Di, Mi: 16–18 Uhr; Freitag 9–11 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Presserechtlich verantwortlich: Dr. Gottfried Schmidt – Eigendruck

Informationen der Linken Liste (LiLi) Wiesbaden



Arbeit für alle, öffentliche Daseinsvorsorge

Existenzsichernde Arbeit schaffen, öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten und finanzielle Rahmenbedingungen für eine soziale und umweltbewusste Stadt Wiesbaden verbessern: Die Linke Liste Wiesbaden (LiLi) wirkt durch kommunales Handeln darauf hin,

- die Chancen auf Existenz sichernde Arbeit für alle BürgerInnen in Wiesbaden zu erweitern,
- die öffentliche Daseinsvorsorge zu verteidigen und auszubauen sowie weitere Privatisierungen abzuwehren,
- Schritte für mehr finanzielle Mittel zur Gestaltung einer sozialen und umweltbewussten Stadt Wiesbaden durch die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten zu gehen.

Existenz sichernde Arbeitsplätze

- Ohne ausreichende und Existenz sichernde Arbeitsplätze für ihre Bürgerinnen und Bürger sind Kommunen nicht lebens- und zukunftsfähig. Solche Arbeitsplätze fehlen auch in Wiesbaden. Daher hat die Linke Liste bereits im Sommer 2002 die **Schaffung einer kommunalen Dienstleistungsagentur** in die parlamentarische Diskussion eingebracht. Auch wenn eine Beratung dieses Themas durch CDU, FDP und REP nicht einmal zugelassen wurde, ist die LiLi der Auffassung, dass der Bedarf nach qualifizierter Tätigkeit im soziokulturellen Bereich weiter ansteigen wird und daher die Schaffung eines

öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit unbefristeten dauerhaften, tariflich entlohnten und sozialversicherten Arbeitsplätzen an Notwendigkeit gewinnt.

- Mit dem Inkrafttreten der so genannten Arbeitsmarktreform zum 1. Januar 2005 („Hartz-IV-Gesetze“) haben sich die Möglichkeiten für kommunale Beschäftigungsförderung deutlich verringert. Die bis zu diesem Zeitpunkt auch in Wiesbaden praktizierten Programme wie „Arbeit statt Sozialhilfe“, „Hilfe zur Arbeit“, Arbeitsbeschaffungs- (ABM) oder Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) stellten für viele Arbeitslose, dank des ernsthaften Engagements der Träger (z. B. Jugendwerkstatt, Bauhaus), einen ernsthaften Versuch dar, Menschen für die Arbeit zu qualifizieren und in dauerhafte Arbeit zu bringen. Die Ablösung durch „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen“, so genannte Ein-Euro-Jobs, vernichtet reguläre Jobs, fördert auf breiter Front nicht Existenz sichernde Arbeitsplätze und bietet Qualifizierung als Alibiveranstaltung an. Bereits im Dezember 2004 hat sich die **Linke Liste Wiesbaden als einzige Fraktion gegen die Einrichtung von Ein-Euro-Jobs** auf einer Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen. Seither bemüht sie sich durch Anträge und Anfragen die menschenverachtende Hartz-IV-Praxis öffentlich zu machen, um – wenn auch kleine – Verbesserungen der Situation der Betroffenen zu erreichen.
- Im Juli 2004 forderte die LiLi in der Stadtverordnetenversammlung, **den Austritt des Landes Hessen aus der Tarifgemeinschaft der Länder rückgängig zu machen**, die Verlängerung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Landes auf 42 Stunden zurückzunehmen, die von der hessischen Landesregierung beabsichtigte Verlängerung der Arbeitszeit der Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter des Landes abzulehnen und sich **gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit kommunaler Bediensteter sowie gegen Kürzungen des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes und andere Tarifverschlechterungen** auszusprechen. Der Antrag wurde durch CDU, FDP und REP abgelehnt.
- Mehrmals forderte die Fraktion Linke Liste Wiesbaden den Magistrat auf, sich aktiv um den **Erhalt von Arbeitsplätzen** (Linde, Sozialkassen des Maler- und Lackiererhandwerks) in der Stadt zu bemühen. Auch das Thema „**Verhinderung illegaler Beschäftigung**“ durch die entsprechenden Gremien der Stadt warf sie in ihren Anfragen auf.

- Die Fraktion Linke Liste Wiesbaden vertrat immer die Auffassung, dass ortsansässige Banken, Versicherungen und andere Unternehmen, wie auch die BürgerInnen Wiesbadens, ein vitales Interesse an einer Kommune mit intakter Infrastruktur haben. Deshalb forderte sie, dass sie sich auch an der Instandhaltung und Erweiterung der Infrastruktur beteiligen. So hat die LiLi eine Sanierung und Aufwertung der Fußgängerzone ohne finanziellen Beitrag der dort ansässigen Grundstücksbesitzer und Firmen (insbesondere des Handels) abgelehnt. Sie hat sich auch gegen die Finanzierung von Marketingmaßnahmen, z.B für verkaufsoffene Sonntage, durch die Stadt ausgesprochen. **Geschenke an Großunternehmen** durch besonders günstig eingeräumte Grundstücksüberlassungen und Flächennutzungen sowie kostengünstige Ausnahme genehmigungen hat sie ebenfalls **abgelehnt**. Ebenso stimmte sie gegen eine Vorlage des Magistrats, die eine Reduzierung der Kostenerstattungsbeiträge durch Firmen bei Ansiedlung im Gewerbegebiet „Am alten Wiesbadener Weg“ in Delkenheim vorsah.

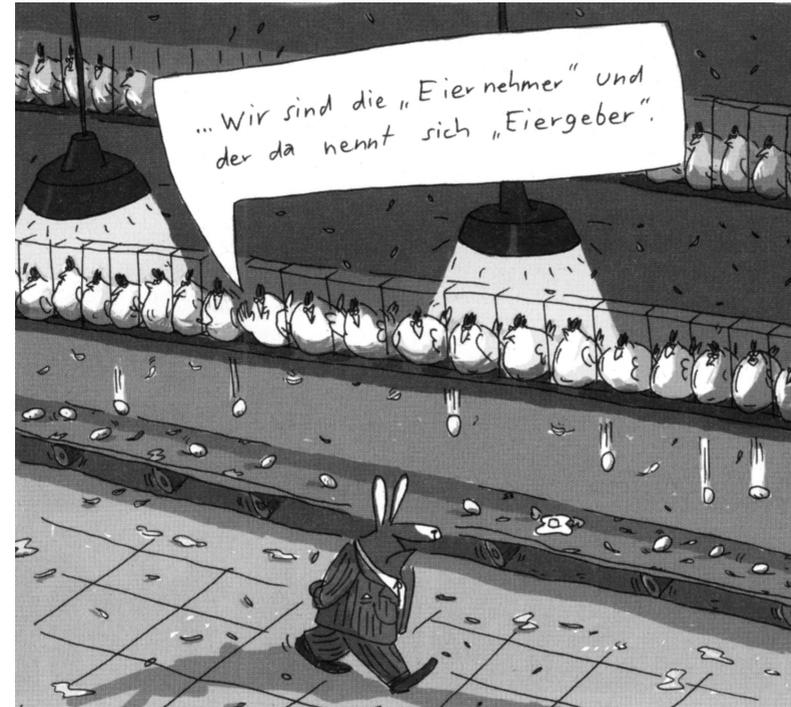
Aktionen, Anträge und Anfragen der Linken Liste

Anträge zur Stadtverordnetenversammlung

Ablehnung des gegenwärtigen Entwurfs der Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt der Europäischen Kommission	März/Dez. 2005
Grundsätze für Eingliederungsvereinbarungen nach SGB II	Juni 2005
Beirat in Zusammenhang mit der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)	März 2005
Keine 1-Euro-Jobs in Wiesbaden	September 2004
Kein Wohnungsverlust für Arbeitslosengeld-II-Bezieher/innen und ihre Familien	September 2004
Änderungsanträge zum Doppelhaushalt 2004/2005	Juni 2004
Keine Arbeitszeitverlängerung im Öffentlichen Dienst	Juni 2004
Stärkung der Einnahmen für den Haushalt 2004/2005	Juli 2003
„Beschäftigungsgesellschaft“ oder kommunale Dienstleistungsagentur einrichten	Juni 2002



FDP-Stadtratsmehrheit) unter Führung eines CDU-Oberbürgermeisters seit dem Jahr 2002 an einem Wettbewerb um die niedrigsten Grund- und Gewerbesteuerhebesätze beteiligt, darf man sich nicht wundern, wenn dies im Ergebnis zu noch größeren Löchern im Haushalt führt. Dieser Wettbewerb führt nur dazu, dass die großen Firmen und Immobilienbesitzer zusätzliche Gewinn maximierende „Subventionen“ einstreichen und sich durch diese Senkungen ein weiteres Mal aus ihrer grundgesetzlich verankerten Pflicht zur Wahrnehmung sozialer Verantwortung verabschieden. Die Fraktion Linke Liste Wiesbaden hat bereits Mitte 2001 mit einer Anfrage an die Stadtverwaltung die Auswirkungen die von einer XXL-Koalition aus CDU, FDP, REP und SPD beschlossene **Senkung der Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer** für die Öffentlichkeit transparent gemacht. Sie hat als einzige Fraktion den Antrag auf Senkung der Hebesätze für beide Steuern **abgelehnt**. Insbesondere zu den Haushaltsberatungen hat sie in ihren Anträgen immer wieder die Anhebung der Hebesätze auf das Niveau von 2001 gefordert. Wären im Jahr 2005 diese Hebesätze noch gültig gewesen, verfügte die Landeshauptstadt Wiesbaden über Mehreinnahmen von 8 Mio Euro.



Öffentliche Daseinsvorsorge verteidigen

- **Keine Zustimmung** gab es bzw. wird es von der LiLi **zu Versuchen der Privatisierung von kommunalen Betrieben**, Einrichtungen und Leistungen geben. Nur so können öffentliche Aufgaben im Interesse der BürgerInnen (und nicht des Profits) und unter deren uneingeschränkter Kontrolle und Einflussnahme gestaltet werden. Die Linke Liste Wiesbaden sprach sich z.B. als einzige Fraktion im Stadtparlament gegen die Gründung der neuen Verkehrsgesellschaft WiBus aus. Die Mitbeteiligung eines so genannten strategischen Partners, und das war unsere Befürchtung, führte nicht nur zur Absenkung der sozialen Standards für die Beschäftigten, sondern auch zum drastischen Absinken der Beförderungsqualität und der Umweltstandards bei den eingesetzten Bussen. Wie negativ sich auch nach Jahren eine vollzogene Teilprivatisierung für die Bürgerinnen und Bürger Wiesbadens auswirkt, zeigt das Beispiel ESWE-Bad. Da wird dem einsteigenden privaten Investor die Schließung des Bades in Aussicht gestellt, damit mit dem Verkauf von Grund und Boden Gewinn gemacht werden kann. Die finanzielle Situation der Stadt verschlechtert sich, ein neues Ersatz-Bad kann nicht gebaut



werden, aber die Stadt hat keine Möglichkeit, den Erhalt des Bades durchzusetzen. Der Investor stimmt der Erhaltung des Bades nur unter Zahlung erhöhter finanzieller Beträge durch die Stadt zu – Privatisierungen machen erpressbar.

- Die Fraktion Linke Liste Wiesbaden wird auch weiterhin den immer wieder **neu entstehenden Formen bei der Erledigung öffentlicher Aufgaben gemeinsam mit privaten Partnern** (so genannte Public-Private-Partnership, PPP) und den darauf beruhenden Projekten ihre **Zustimmung verweigern**. Das gilt z.B. für den Bau eines neuen zentralen Verwaltungsstandortes an der Mainzer Straße zu, für die Gründung einer Bädergesellschaft Wiesbaden sowie für den Scheinverkauf von Schulen, damit die Begüterten dieser Gesellschaft legal noch weniger Steuern zahlen müssen.
- Wenn auch die Einflussmöglichkeiten gering sind, so wird die Fraktion Linke Liste Wiesbaden den **Magistrat immer wieder auffordern**, seine Möglichkeiten zu nutzen, **der Entmachtung der Kommune Wiesbaden durch Gesetze, die einen Zwang zur Privatisierung von kommunalen Betrieben, Einrichtungen und Leistungen beinhalten, zu widersprechen**. In diesem Sinn ist die Gesetzgebung auf Landes-, Bundes-, europäischer und internationaler Ebene ständig kritisch zu hinterfragen. Soziale, arbeitsrechtliche und ökologische Standards, die in diesem Land erarbeitet und erstritten wurden, dürfen nicht dem Interesse des Profits einzelner geopfert werden. Deshalb hat die Fraktion der Linken Liste Wiesbaden die Zurückziehung des Entwurfs der europäischen Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie) durch

die EU-Kommission gefordert und die anderen Stadtverordneten zur Zustimmung aufgefordert. CDU, FDP und SPD lehnten das ab. Sie spekulierten auf eine Überarbeitung der Richtlinie: diese blieb aber aus. Die LiLi engagiert sich auch gegenwärtig wieder inner- und außerhalb des Parlamentes gegen die neue Version der Dienstleistungsrichtlinie.

Mehr finanzielle Mittel durch Umverteilung des Reichtums von oben nach unten

- Die Fraktion Linke Liste Wiesbaden hat mit ihren Anträgen und Anfragen **immer wieder deutlich gemacht, dass sich die Steuer- und Sozialpolitik des Bundes und des Landes Hessen auch auf Wiesbaden meist ungünstig oder sogar katastrophal ausgewirkt hat**. Dadurch brachen einerseits Einnahmen in beträchtlichem Umfang weg und andererseits stiegen die Aufwendungen für Sozialleistungen überproportional. Bereits im Jahre 2001 forderte die LiLi den Magistrat in einer Anfrage auf, die Auswirkungen der Rosa-Grünen-Unternehmenssteuerreform auf die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten Wiesbadens bis 2005 darzustellen, um so die Öffentlichkeit darüber zu informieren, wie die kommunale Selbstverwaltung regierungsamtlich ausgehöhlt wird.
- Die finanzielle Situation der Landeshauptstadt Wiesbaden ist aber nicht ausschließlich ein Ergebnis, das andere bestimmen. Wenn sich der Wiesbadener Magistrat (mit einer CDU/

